

# Spende für die Schweizergarde?

Baselbiet | Beitrag an Neubau der Kaserne im Vatikan ist umstritten



Die Schweizergardisten im Vatikan sollen eine neue Kaserne erhalten. Für die Kosten von 45 Millionen Franken soll aber nicht der Vatikan-Staat aufkommen. Stattdessen werden in der Schweiz Spenden gesammelt.

Bild Pixabay

Ob und in welcher Höhe das Baselbiet sich am Neubau der Kaserne der Schweizergarde in Rom beteiligen wird, ist noch offen. Die Regierung wird den Beitrag als Budgetantrag in den Aufgaben- und Finanzplan 2024 aufnehmen, worüber der Landrat im Dezember 2023 befinden wird.

**Thomas Immoos**

In Rom soll die Schweizergarde eine neue Kaserne erhalten. Dafür sind Kosten von rund 45 Millionen Franken vorgesehen, für die aber nicht der Vatikan-Staat aufkommt. Die Finanzierung soll durch Spenden und Beiträge aus der Schweiz erfolgen. So hat der Bund bereits einen Beitrag von 5 Millionen Franken zugesagt. Und auch 17 Kantone haben Beiträge zugesichert – von 3 Franken pro Kopf der Bevölkerung (Kanton Wallis) bis 13 Rappen pro Kopf (Obwalden). Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern haben vor zehn Tagen einen Beitrag von 400 000 Franken abgelehnt.

Im Mai 2024 wird der Kanton Baselland Gastkanton bei der Vereidigung sein. Ein solcher Beitrag wäre dann als eine Art «Gastgeschenk» zu verstehen, wie Bartolino Biondi von der kantonalen Finanz- und Kirchendirektion festhält.

Zu reden gibt auch die Absicht der Baselter Regierung, einen Beitrag von 50 000 Franken an die neue Kaserne zu leisten. In der Fragestunde des Landrats musste der Regierungsrat zu Fragen von Stefan Degen (FDP, Gelterkinden) Stellung nehmen. Dabei hielt der Regierungsrat fest, dass man derzeit einen Beitrag «prüf». Man erwäge im Hinblick auf die Ausrichtung der Feierlichkeiten zur Vereidigung der Schweizergarde im Jahr 2024 einen entsprechenden Budgetantrag an den Landrat zu stellen.

## Noch kein Beitrag festgelegt

Allerdings, führt Biondi aus, dauere es bis dahin noch einige Zeit. Trotzdem soll der Betrag bereits bis zur Debatte des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) im Dezember dieses Jahres für das Finanzplanjahr 2024 beantragt wer-

den. Angesichts des negativen Volksentscheids im Kanton Luzern wolle man umsichtig mit einem solchen Begehren umgehen. So will man diesen Beitrag nicht über den Swisslos-Fond sprechen, sondern als AFP-Antrag, «damit der Landrat die Möglichkeit hat, mitzusprechen und der Beitrag demokratisch legitimiert ist». Wie hoch der beantragte Beitrag sein werde, sei zudem derzeit noch ungewiss, betont Biondi weiter.

Nicht ganz zufrieden mit der Antwort des Regierungsrats zeigt sich der Fragesteller. Stefan Degen hätte es begrüsst, wenn die Regierung geantwortet hätte, dass sie auf den Beitrag verzichtet, da sie sich für solche Themen nicht zuständig fühlt. Positiv bewertet er die Zusage, den Beitrag nicht über den Swisslos-Fonds zu leisten. Damit werde «nicht am demokratischen Prozess vorbeigemauschelt», wie dies andere Kantone getan haben.

## Kritische Stimmen aus SP und SVP

SP-Präsidentin Miriam Locher sieht einen solchen Beitrag eher kritisch. Zwar habe die SP dazu noch keinen Beschluss gefasst. Persönlich ist Locher aber der Meinung, dass der Beitrag der Trennung von Kirche und Staat widerspreche. Angesichts der aktuellen Situation mit Prämien- und Energiepreisschock, der in Baselland besonders hoch ausfalle, sei es ohnehin nicht die Zeit, «einem Kleinstaat Geschenke zu machen, auf die dieser angesichts seines Milliardenvermögens sicher nicht angewiesen ist». Es gebe bestimmt andere Möglichkeiten, sich als Gast erkenntlich zu zeigen.

Ebenfalls auf die Trennung von Kirche und Religion verweist SVP-Fraktionschef Peter Riebli. «Als Katholik hege ich persönlich eine grosse Sympathie für die Schweizergarde», betont er. Und auch wenn unsere westliche Zivilisation auf christlichen Werten beruhe, sei er der Meinung, dass Staat und Kirche klar getrennt sein müssen. Er erge davon aus, dass sich der Regierungsrat bereits Gedanken über ein adäquates Geschenk gemacht habe. Denn als bekannt wurde, dass der Kanton Baselland Gastkanton sein werde, war vom Bau der neuen Kaserne noch keine Rede. Der Gastbesuch in Rom musste coronabedingt von 2020 auf 2024 verschoben werden.